

Nr. 01 / 04. Juni 2024

Interviews mit Antje Kosemund und Wolfgang Kraushaar

Aus technischen Gründen anders als angekündigt in einer Ausgabe.

Antje Kosemund, Jahrgang 1928, lebt in Hamburg. Aufgewachsen ist sie in einer widerständigen Familie.

Sie ist seit 1959 Mitglied in ver.di (vormals Postgewerkschaft DPG).

Antje gehörte mehr als 20 Jahre dem Landesvorstand Hamburg der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN) an.

Antje Kosemund ist Mitglied und das letzte noch lebende Gründungsmitglied des Ausschwitz-Komitees.

Seit fast 40 Jahren besucht sie als Zeitzeugin Schulen, Gewerkschaften und weitere Einrichtungen, um gegen das Vergessen der schrecklichen NS-Verbrechen anzukämpfen und bis 2012 hielt sie dreimal jährlich am Hamburger Institut für Geschichte und Ethik der Medizin eine Vorlesung.

Im Mai 2013 wurde Antje das Bundesverdienstkreuz verliehen für ihren unermüdlchen Einsatz gegen das Vergessen und für die Achtung der Menschenwürde.

Das folgende Gespräch wurde am 9. April 2024 geführt:

Informativ: Liebe Antje, wie geht es Dir, wenn Du die Prognosen zu den anstehenden Wahlen hörst, in denen der AfD Wahlergebnisse von ca. 30% vorhergesagt werden?



Antje Kosemund Foto: Heinemann-Brooks

Antje Kosemund: Mir wird speiübel, ich bin fassungslos und kann nicht verstehen, dass aus einem Staat, der sozialistisch geprägt war, so viele neue Faschisten hervorgehen und dass sie so umfassend Fuß

fassen konnten (bezogen auf die neuen Bundesländer).

Damit hätte ich nie gerechnet.

Informativ: Kannst Du Dir erklären, wie der Zulauf zur AfD und anderen rechten Gruppierungen zustande kommt?

A.K.: Ich denke, dass Viele das Gefühl haben, ihnen würde etwas weggenommen. Angefangen hat das, als im Jahr 2015 eine hohe

Anzahl von geflüchteten Menschen in Deutschland ankam und versorgt wurde. Da wurde lautstark der Eindruck vermittelt, dass die Fremden alles bekämen, die Einheimischen jedoch nichts. Dieses Verhalten ist unsolidarisch, egoistisch und rassistisch und es bereitet mir große Sorgen.

Informativ: Erkennst Du im heutigen Geschehen Parallelen zum politischen Klima in Deiner Kindheit und Jugend?

A.K.: Leider ja, das ist das Schlimme. Die demokratischen Parteien entziehen sich vielfach ihrer Verantwortung für die Bevölkerung und machen es rechtsgerichteten Gruppierungen einfach mit vermeintlich sozialen Parolen die Menschen für sich zu gewinnen.

Die verachtenden Aussagen u.a. über Ausländer werden häufig übernommen. Auch die Presse spielt dabei eine große Rolle, die nicht immer eine differenzierte Berichterstattung vornimmt. Manchmal fühlt es sich an wie zu Zeiten der Weimarer Republik. Die rasant gestiegene Inflation, die Covid-19-Politik, Wohnungsnot sind Themen, die den Menschen Sorgen machen bzw. gemacht haben. Es fühlt sich an, als wenn sich die Geschichte wiederholte, auch wenn das so nicht stimmt.

Ich bin ein optimistischer Mensch, aber empfinde diesen Rechtsruck schon fast krankhaft. Die Medien - es gibt selbstverständlich Ausnahmen - sind unglaublich oberflächlich geworden und gehen vielfach den Geschehnissen nicht mehr auf den Grund. Es entsteht der Eindruck, als ob viele Menschen nicht mehr selbst denken wollen, sich selbst informieren und lieber Aussagen aus den Medien übernehmen, ohne zu prüfen, ob diese der Wahrheit entsprechen.

Informativ: Die letzten Wahlen in einigen europäischen Staaten haben gezeigt, dass vermehrt wieder rechts oder konservativ gewählt wird. Am 09. Juni steht die Neuwahl des Europaparlaments an. Eine Verschiebung nach rechts steht zu befürchten. Welche Auswirkungen kann das auf unsere Gesellschaft haben?

A.K.: Mir ist sehr an den jungen Menschen gelegen, was wird aus ihnen werden? Die Erwachsenen sind selbst verantwortlich für ihr Tun, aber die Kleinen würden in eine unerträgliche Welt geboren.

Wohin führt die Entwicklung?

Obwohl ich keine Pessimistin bin, befürchte ich, dass die Veränderung dahin furchtbar werden kann.

Die großen Demonstrationen gegen rechts geben jedoch Anlass zur Hoffnung. Noch viel mehr Menschen müssen aufwachen und sich gegen diese Tendenzen zur Wehr setzen.

Ich hoffe, dass der Widerstand wachsen wird.

Informativ: Welche Erwartungen stellst Du an die Zivilgesellschaft?

A.K.: Ethische Grundsätze zu leben. Offenheit, Ehrlichkeit, Solidarität und Antirassismus sind wichtig.

Es kommt darauf an, auf seine Nachbarn zu achten und zu sehen, wie es ihnen geht, ob sie Hilfe, Unterstützung benötigen.

Die Vereinzelung von Menschen ist schädlich, wir müssen uns als Gesellschaft viel mehr zusammenschließen.

Informativ: Und welche Erwartungen hast Du an die Politik?

A.K.:

Ganz wichtig ist die soziale Gerechtigkeit, humanitäre Grundsätze, die für alle gültig sind.

Vieles läuft in der Arbeit der Ampelkoalition nicht gut, aber das darf kein Grund für Häme seitens der Opposition sein.

Die Häme und das Lügen müssen aufhören.

Informativ: Immer öfter wird ein AfD Verbot gefordert. Was hältst Du davon?

A.K.:

Ich bin für ein Verbot der AfD.



Ein Verbot wird zwar nicht das Gedankengut verhindern, aber da die Partei hohe Steuergelder bekommt, ohne über ihre Ausgaben Rechenschaft ablegen zu müssen, wäre es das geeignete Mittel, die Arbeit der AfD massiv zu beschränken.

Informativ: Leider sind nur noch wenige Zeitzeug*innen am Leben, die über die schrecklichen Geschehnisse während der Nazi-Diktatur berichten können. Was können bzw. sollen wir als Nachkommen tun, um wider das Vergessen zu kämpfen?

A.K.: Ich habe den Aufbau der Bundesrepublik erlebt, die positiven und auch die negativen Entwicklungen erfahren. In der Regierung Adenauer waren die alten Nazis schnell wieder in einflussreichen Positionen, in der Justiz, in der Medizin, in den Behörden, bei der Polizei. Auch hohe Ministerämter wurden von alten Nazis bekleidet, denkt mal an Hans Globke (Mitverfasser der Nürnberger Rassengesetze), Ministerpräsident Kurt Filbinger und an Georg Kiesinger, der sogar Bundeskanzler war (1966 bis 1969). Wie konnte da demokratisches Denken begriffen werden?

Ihr könnt an die Schulen gehen und über uns berichten. In den Archiven gibt es ausreichend Material von und über uns, mit dem ihr in Schulen und anderen Einrichtungen über das Vergangene berichten könnt.

Ich selbst habe seit Ende der 1970iger Jahre hunderte von Schulen besucht und war auf Gewerkschaftsseminaren.

In Kürze besuche ich wieder eine 10. und eine 11. Klasse, insgesamt zwischen 70 und 80 Schüler*innen.

Informativ: Liebe Antje, wie oft denkst Du an Deine Schwester und an ihr Schicksal?

A.K.: Meine Schwester Irma ist immer in meinen Gedanken. Ich sehe sie vor mir, die Bilder der Geschehnisse habe ich deutlich vor Augen.

Informativ: Welche Auswirkungen hatte das

Schicksal von Irma auf Euch als Familie?

A.K.: Wir haben die Todesnachricht im Januar 1945 erhalten. Das war die Zeit der großen Flüchtlingsströme, der Bombenhagel.

Es wurde gestorben und nun war wieder eine gestorben.

Erst 1982 wurde mir klar, dass Irmas Tod viele Fragen aufwarf und ich habe angefangen zu forschen. Ich habe gegen viele Widerstände und Lügen kämpfen müssen.

Am 8. Mai 1995 konnten wir meine Schwester in Hamburg begraben.

Informativ: Liebe Antje, ganz herzlichen Dank für Deine Zeit, für Deine Antworten. „Nie wieder ist jetzt“.

Literaturhinweis: Antje Kosemund – Sperlingskinder, VSA-Verlag (2011), Neuausgabe herausgegeben von "Kinder des Widerstands (Hamburg)" bearbeitet und gedruckt von "Galerie der abseitigen Künste" (April 2023).

Die Schwester von Antje Kosemund, Irma, wurde 1933 in die Alsterdorfer Anstalten eingewiesen (psychiatrische Anstalt in Hamburg, die während der Nazi-Diktatur dafür bekannt war, Versuche an Menschen vorzunehmen. Bekannt war sie als „Spezialkrankenhaus für alle Arten geistiger Defektzustände“.) Irma galt als in ihrer Entwicklung zurückgeblieben und die Familie wurde von einer Nachbarin bei den Behörden denunziert.

Irma wurde am 16. August 1943 mit 228 Leidensgenossinnen aus Alsterdorf in die Tötungsanstalt „Am Steinhof“ in Wien verbracht. Dort starb sie im Januar 1944. Die Sterbeurkunde wurde erst 1945 ausgestellt und der Familie zugestellt.

Erst Jahrzehnte später wurde Antje Kosemund klar, dass der Tod ihrer Schwester kein natürlicher gewesen sein konnte.

Nach 20 Jahren Recherche und Kampf gelang es ihr, die sterblichen Überreste ihrer Schwester und neun weiterer Opfer nach Hamburg zurückzubringen und ihnen ein würdevolles Begräbnis auf dem Ehrenfeld der Geschwister-Scholl-Stiftung auf dem Ohlsdorfer Friedhof zu ermöglichen.



Die „Gefährdung der Demokratie“ geht „in erster Linie nicht mehr von den Rändern unserer Gesellschaft aus, sondern von ihrer Mitte“, so einer der zentralen Aussagen der neuesten wissenschaftlichen Veröffentlichung von Dr. Wolfgang Kraushaar. In „Keine Falsche Toleranz“ belegt er mit einer enormen Breite an Dokumentationen, „Warum sich die Demokratie stärker als bisher zur Wehr setzen muss“. Informativ hat mit Wolfgang Kraushaar versucht, in einem Interview, seine Kernaussagen vorzustellen und zu durchleuchten:

Informativ: Es hat seit Bestehen der Bundesrepublik immer, rechts wie links, radikale Kräfte gegeben. Was hat sich in den letzten Jahren verändert?

Wolfgang Kraushaar: Wenn wir über Extremismen in unserem Land sprechen, dann geht es inzwischen um einen Zeitraum von 75 Jahren. Es ist naheliegend, dass es in dieser Hinsicht ganz unterschiedliche Phasen und Entwicklungen gegeben hat. Als erstes gilt es aber festzuhalten, dass sich die Bundesrepublik aller Anfeindungen zum Trotz bislang als eine ausgesprochen stabile Demokratie erwiesen hat. Meinem Eindruck nach ist allerdings mit den massenhaften Corona-Protesten zwischen 2020 und 2022 etwas ins Rutschen geraten. Die maßgeblich von den Querdenkern organisierten Demonstrationen und Kundgebungen sind vornehmlich aus der Mitte der Gesellschaft hervorgegangen und in einem nicht unerheblichen Maße von Verschwörungsideologien geprägt gewesen. Um deren Verfassungsfeindlichkeit besser in den Griff zu bekommen, hat sich das Bundesinnenministerium in seinem Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2022 erstmals genötigt gesehen, neben Links- und Rechtsextremismus sowie Islamismus eine neue Kategorie einzuführen. Sie lautet: "*Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates*". Das bedeutet, dass es ein erhebliches demokratiefeindliches Potential gibt, das sich nicht mehr an den sogenannten "Rändern" von rechts und links verorten lässt,



Wolfgang Kraushaar Foto: Wikipedia (Von Dontworry - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=19270483>)

weil es aus der gesellschaftlichen Mitte hervorgegangen ist.

Informativ: Wenn es eine „Verschiebung radikaler Kräfte zur Mitte unserer Gesellschaft gibt“, was bedeutet das für unsere parlamentarische Ordnung?

W.K.: Ich würde nicht von einer "Verschiebung" sprechen wollen, sondern von einer Entstehung radikaler Kräfte aus der Mitte der Gesellschaft heraus. Das ist etwas qualitativ Anderes. Denn es handelt sich ja aus der Perspektive der Sicherheitsbehörden nicht um bereits radikalisierte Kräfte der Ränder. Nein, dieses Potential hat sich sui generis aus der Mitte heraus gebildet. Und das ist ein Warnzeichen. Da wir ja hier nicht einfach von einer zu ignorierenden Größenordnung sprechen können, muss man sich damit in ihrer quantitativen wie qualitativen Dimension ernsthaft auseinandersetzen. Im Wesentlichen sind es zwei Strömungen gewesen, die während der Corona-



Zeit von den Hunderttausenden an Protestierern profitiert haben – zum einen die seitdem dauerhaft in einem Umfragehoch befindliche AfD und zum anderen eine per se verfassungsfeindliche Sekte wie die Reichsbürger, deren Mitgliedschaft auf über 23.000 besorgniserregend angewachsen ist. Letztere haben im Dezember 2022 ja die größte Razzia hinnehmen müssen, die es in der Geschichte dieser Republik überhaupt gegeben hat, weil einige ihrer Zellen ganz offenbar einen mit Waffengewalt geplanten Regierungsumsturz herbeizuführen versucht hatten. Da zu ihnen auch eine ehemalige Bundestagsabgeordnete der AfD gehört, eine Berliner Richterin, die seitdem in Untersuchungshaft sitzt, ist es naheliegend, einem Anfangsverdacht über Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und Rechtsterroristen nachzugehen.

Wenn man die neuen Sachverhalte also auf einen Nenner bringen will, dann muss man wohl davon sprechen, dass wir gerade dabei sind, in eine veritable Krise der parlamentarischen Demokratie zu schliddern. Das ist meines Erachtens kein Alarmschrei, sondern Ergebnis eines ungetrübten Blicks auf die Fakten.

Informativ: Nicht nur Sie, sondern viele, die durch die AfD eine Gefährdung unserer Demokratie sehen, verlangen eine „wehrhafte Demokratie“. Wie vereint sich das mit dem Grundsatz der „liberalen Demokratie“, von denen sich die Väter unseres Grundgesetzes leiten ließen?

W.K.: Weil die geforderte Wehrhaftigkeit mit der Einschränkung von Freiheitsrechten einhergeht, stellt sie in der Tat einen Widerspruch zur Liberalität der parlamentarischen Demokratie dar, zumindest auf den ersten Blick. Wenn es jedoch darum geht, eine konkrete Bedrohung des parlamentarischen Systems abzuwenden, bleibt einem nichts anderes übrig als ihre Verteidigung durch die dafür vorgesehenen Mittel und Maßnahmen. Den Müttern und Vätern des Grundgesetzes war klar, dass sie eine zweite deutsche Republik nicht würden gründen können, ohne zuvor für die Etablierung von Mechanismen zu ihrer Verteidigung ge-

sorgt zu haben. Politiker wie Paul Löbe und Theodor Heuß etwa hatten ja selbst erlebt, wie es den Nazis am Ende der Weimarer Republik gelungen war, die Demokratie auf legalem Wege abzuschaffen und sie durch eine an den Führerbefehl gebundene Diktatur zu ersetzen. Aus diesem Grunde führte der Parlamentarische Rat das Konzept der wehrhaften Demokratie ein. Es besteht aus einer Reihe von nicht-liberalen Elementen. Sein wichtigstes ist das Parteiverbot. Um ein solches in Erwägung zu ziehen und im Zweifelsfall auch zu verhängen, wurde eine hohe rechtliche Hürde errichtet. Der Antrag musste und muss noch immer durch das Bundesverfassungsgericht überprüft und schlussendlich entweder befürwortet oder abgelehnt werden. Das bedeutet, dass die Einschränkung von Freiheitsrechten, deren Zielsetzung ja ohnehin in der Rettung von Demokratie und Freiheit liegt, nur in einem rechtsstaatlich garantierten Verfahren erfolgen kann.

Informativ: Eine Tücke der derzeitigen Entwicklung ist die vermeintliche „Legalität“, die die AfD für sich ausnutzt. Sie fordern deshalb eine „neue Sichtweise auf den Extremismus“. Was genau wollen sie damit erreichen?

W.K.: Von Extremismus zu sprechen, hat meines Erachtens zwei gravierende Nachteile. Der Begriff insinuiert, dass sich die Gefährdung der Demokratie auf die Ränder beschränke, die Mitte des politischen Spektrums dagegen sakrosankt sei und sich die jeweiligen Ränder wechselseitig anschauen würden. Der Extremismus-Begriff ist rein statischer Natur, wird wie ein Etikett verwendet, und suggeriert zudem, dass ihm ein quasi-anthropologisches Konzept zugrunde liegen würde. Nur der Radikalismus-Begriff – so meine Hypothese – gestattet es, eine differenzierte Analyse der sozialen, politischen und weltanschaulich-ideologischen Aspekte vornehmen zu können. Weil er im Unterschied zum statischen Begriff des Extremismus eine dynamische Signatur besitzt, ist er auch dazu in der Lage, Prozesse wie die Entstehung und Wandlung politischer Positionen besser begreifbar zu machen. Nicht ohne Grund spricht niemand



von "Extremisierung", wenn es um die Entwicklung zu einer "extremen Position" geht, sondern selbstredend von einer "Radikalisierung". Wofür ich plädiere, das ist nichts anderes als eine Rückkehr zu dem von unserem Staat und seinen Behörden bereits von 1949 bis 1974 verwendeten Radikalismus-Konzept. Ihn durch das des Extremismus zu ersetzen, hat sich in meinen Augen nicht bewährt.

Informativ: Gewerkschaften und Gewerkschafter*innen sind von radikalen, totalitären und diktatorischen Systemen immer betroffen, sie werden schlicht beseitigt oder konform gemacht. Können sie begründen, warum auch unsere Kolleg*innen die AfD wählen und nicht sehen, was das für sie bedeuten könnte?

W.K.: Ich kann natürlich nicht direkt für ihre Mitglieder sprechen. Das wäre vermessen. Aber ich denke, dass es legitim ist, einige meiner Vermutungen zum Ausdruck zu bringen. Wenn ich sehe, welche Sorgen der AfD bislang ihre Anhänger in die Arme getrieben hat, dann dürfte das vor allem damit zusammenhängen, dass sie sich von anderen Parteien und vermutlich auch von ihrer jeweiligen Gewerkschaft im Stich gelassen gefühlt haben. Nehmen wir als Beispiel etwa das Gebäudeenergiegesetz, das die Ampelkoalition vor genau einem Jahr übereilt angekündigt und erst Monate später in reduzierter Form verkündet hat, um damit die Ersetzung von Öl- und Gasheizungen durch solche mit erneuerbaren Energien einzuleiten. Da der Einbau von Wärmepumpen in Privathaushalten nun aber mit hohen Kosten verbunden ist, hat ein erheblicher Teil der Bevölkerung mit Ängsten vor einer finanziellen Überforderung auf diesen Schritt reagiert. Da sich besonders die AfD dieser Sorgen angenommen hat, führte das dazu, dass sie diese Klientel einer durch die Klimapolitik verunsicherten Menge an sich gebunden hat. Ohne Zweifel: Die AfD ist ein Meister in der Bewirtschaftung von Ängsten. Jedes Mal, wenn sich Sorgenwellen im Land ausgebreitet haben, hat sie sich in gewisser Weise als "Kummerkasten der Nation" angeboten. Einmal war es die "Euro-Krise", dann die "Flüchtlings-

Krise", danach die "Corona-Krise" und jetzt ist es offenbar die "Klima-Krise". Ihr Vordringen in den parlamentarischen Raum und bis in Bürgermeister- und Landratsämter hinein ist Ausdruck von partiellen Erfolgen, verbunden mit der Erwartung, sich demnächst auch auf Landesebene als Teil der exekutive etablieren zu können.

Informativ: Wo sehen Sie in dieser elementaren Herausforderung die Rolle der Gewerkschaften? Was können, was müssen wir als ver.di Senior*innen mehr machen in der Auseinandersetzung mit der AfD?

W.K.: Zunächst einmal möchte ich daran erinnern, dass früher die Gewerkschaften eine enorm große Bedeutung in der Verteidigung der Demokratie gespielt haben. Insbesondere in der Ära Adenauer wäre es ohne sie viel schwieriger gewesen, die damals noch sehr aktiven, zum Teil in eigenen Parteien organisierten Alt-Nazis in ihre Schranken zu weisen. Heute sind die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für gewerkschaftliche Proteste gegen das Vordringen rechter Populisten zweifellos anders geworden. Dennoch liegt ihre Stärke nach wie vor in ihrer Kollektivität. Und wenn ich an Senioren bzw. Seniorinnen denke, dann fallen mir als Erstes die "Omas gegen rechts" ein. So etwas hat es, wenn man mal vor den "Grauen Pantheren" absieht, früher noch nicht gegeben. Dieses Selbstbewusstsein, mit der man auf die Straße geht und unbelehrbaren Rechten die Stirn zeigt, ist beeindruckend. Warum es im Vergleich dazu immer noch keine "Opas gegen rechts" gibt, mag vielleicht auch am Namen liegen. Denn bei der Bezeichnung für die Großväter ist immer noch ein diskriminierendes Moment mit im Spiel. Aber vielleicht müssen sich die älteren Herren das einmal durch den Kopf gehen lassen und entsprechend verändern, damit sie ihre Aufgabe nicht allein im Hüten ihrer Enkel betrachten.

Informativ: Wir danken Ihnen für dieses Interview.

